

**Änderungsantrag** der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

## I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

|                 | Nr.      | Bezeichnung                          |
|-----------------|----------|--------------------------------------|
| Produktplan:    | 41       | Jugend und Soziales                  |
| Produktbereich: | 41.03    | Hilfen und Leistungen für Zuwanderer |
| Produktgruppe:  | 41.03.03 | Leistungen für Migranten             |

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2014 um 21 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2015 um 21 T€ erhöht.

## II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

|             | Nr.      | Bezeichnung                                       |
|-------------|----------|---|
| Einzelplan: | 04       | Jugend und Soziales, Ausländerintegration         |
| Kapitel:    | 0451     | Allgemeine Bewilligungen für Ausländerintegration |
| Titel:      | 684 20-5 | Selbsthilfe- und Projektförderung                 |

Der Anschlag wird für das Jahr 2014 von 135 130 € um 21 000 € auf 156 130 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2015 von 135 130 € um 21 000 € auf 156 130 € erhöht.

Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht:

„ Vom Anschlag sind Mittel in Höhe von 21 000 € für die Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ) gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss, sofern die Finanzierung in Höhe von jeweils 7 000 € p. a. in den Produktplänen 07 Inneres, 11 Justiz und 41 Jugend und Soziales durch zusätzliche Einnahmen aus der Gewinnabschöpfung nicht realisiert werden kann. “

Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD